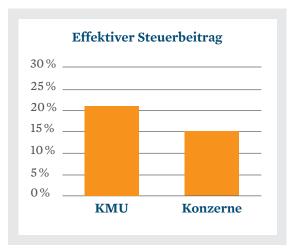
3. Kleinere Betriebe zahlen drauf

Multinationale Konzerne haben einen unfairen Wettbewerbsvorteil gegenüber lokalen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU).

Durch Gewinnverschiebungen in Steuersümpfe zahlen Konzerne effektiv rund **30 Prozent weniger Steuern**.



Jetzt schon konzentriert ein kleiner Prozentsatz von Konzernen den Großteil der Gewinne auf sich. Diese Konzerne werden von einer Senkung der KöSt nochmals übermäßig stark profitieren. Gleichzeitig hätten 86 Prozent der Unternehmen gar nichts davon, weil sie kaum Gewinne machen oder als Personengesellschaften keine KöSt, sondern Einkommensteuer zahlen.

Konzern-AktionärInnen hingegen würden doppelt profitieren: von höheren Gewinnausschüttungen (Dividenden) und von deren niedrigen Besteuerung. Denn Dividenden werden im Gegensatz zur progressiven Steuer bei Löhnen immer nur mit 27,5 Prozent besteuert – egal wie hoch der ausgeschüttete Gewinn ist.

Schluss mit Steuergeschenken!

Wir fordern:

- Die Regierung muss das ruinöse Dumping bei den Konzernsteuern beenden anstatt es zu verschärfen! In der EU braucht es daher Mindeststeuersätze für Konzerne.
- Konzerngewinne sollen genauso progressiv besteuert werden wie Lohneinkommen: Wer mehr hat, soll mehr beitragen. Unser Modell sieht drei Steuerstufen mit 22, 25 und 34 Prozent je nach Gewinnhöhe vor. Die Hälfte der KöSt zahlenden Unternehmen würden dabei sogar profitieren und Großkonzerne gerechter besteuert werden.
- Die Regierung darf nicht nur Lippenbekenntnisse gegen die Konzern-Steuertricks abgeben: Konzerne müssen ihre Gewinne dort versteuern, wo sie wirtschaftlich tätig sind. Die Lösung dafür heißt Gesamtkonzernsteuer.
- → Die Steuerprivilegien für Kapitalgewinne – etwa von AktionärInnen – müssen abgeschafft werden. Sie sollten genauso progressiv besteuert werden wie Lohneinkommen.

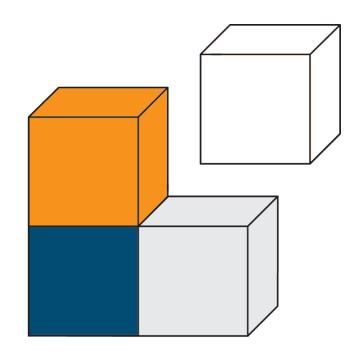
www.attac.at/konzernsteuer

Unterstützen auch Sie unsere Arbeit für mehr Steuergerechtigkeit: www.attac.at/spenden

Medieninhaber: Attac Österreich, Margaretenstraße 166, 1050 Wien. Verlags- und Herstellungsort: druck.at, 2544 Leobersdorf

Konzerne, Ihr Beitrag bitte!

Wer mehr hat, soll mehr beitragen.





Drei Gründe gegen die Senkung der Konzernsteuern

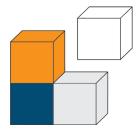
Die Regierung will, dass Konzerne noch weniger zum Gemeinwohl beitragen als bisher.

Die Steuer auf Unternehmensgewinne (Körperschaftsteuer, KöSt) soll auf 21 Prozent sinken, wodurch Konzerne etwa 1,5 Milliarden Euro weniger beitragen würden. Dieses Geld fehlt uns allen – für Kindergärten, Schulen und Universitäten, für Krankenhäuser und Pflege, für öffentlichen Verkehr, Parks und Spielplätze.

Zudem würde eine Senkung der Körperschaftsteuer nicht nur das ruinöse Steuerdumping in Europa weiter anheizen - auch der unfaire Wettbewerb zwischen Großkonzernen und Kleinunternehmen wird dadurch fortgesetzt.

Wir fordern:

Konzerne,
Ihr Beitrag bitte!



Der österreichische Sozialstaat ist wie ein großes Haus, im dem wir gemeinsam wohnen. Und Steuern sind die Bausteine für dessen Zusammenhalt.

Alle müssen ihren Beitrag für ein gutes Zusammenleben leisten – und wer mehr hat, soll auch mehr beitragen.

1. Die Allgemeinheit verliert

Die geplante Senkung der Körperschaftsteuer auf 21 Prozent kostet uns alle rund **1,5 Milliarden Euro**. Zum Vergleich:

- Mit 600 Millionen Euro könnten wir **mobile Pflege** und Pflegedienstleistungen ausbauen und **20.000 neue**Jobs schaffen.
- Mit rund 900 Millionen Euro könnten wir eine Offensive für kürzere Arbeitszeiten starten und 50.000 neue Jobs schaffen.
- Mit 1,5 Milliarden Euro könnten wir uns österreichweit **ganztägige Betreuung in Kindergärten und Schulen** leisten.

Sind die Steuerbeiträge gerecht verteilt, tun sie niemandem weh. Statt weiteren Kürzungspaketen könnten wir unser gemeinsames Haus ausbauen und ein besseres Angebot an öffentlichen Leistungen finanzieren.

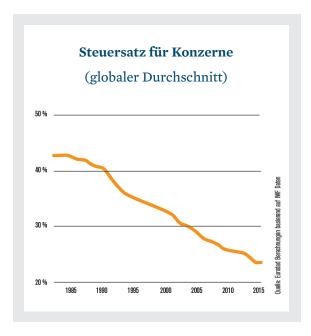
Derzeit sind die Steuerbeiträge allerdings ungerecht verteilt. Denn jene, die am meisten haben, tragen zu wenig bei – auch weil große Vermögen, Erbschaften und hohe Kapitaleinkommen nichts oder viel zu wenig beisteuern.

Statt diese Ungerechtigkeit zu beenden, schafft die Regierung die Mindestsicherung ab, kürzt bei Arbeitsmarkt- und Integrationsprojekten und versucht die Menschen nach Herkunft oder sozialem Status auseinanderzudividieren. Das gefährdet den Zusammenhalt der Gesellschaft.

2. Steuerdumping wird angeheizt

Die Steuersätze für Konzerne sind im Sinkflug. Seit dem Jahr 1980 haben sie sich weltweit von etwa 42 auf rund 22 Prozent halbiert!

Zusätzlich verringern Konzerne ihren Steuerbeitrag durch Steuertricks und Gewinnverschiebungen in Steuersümpfe, was zu weiteren Steuerausfällen in Milliardenhöhe führt.



Das Gerede von der verbesserten "Wettbewerbsfähigkeit" ist Unsinn. Wenn alle Länder beim Steuerwettlauf nach unten mitmachen, stehen letztendlich alle schlechter da. Am Ende leisten Konzerne überall weniger Beiträge – und die Mehrheit der Menschen zahlt die Zeche.

Zudem führen niedrigere Steuern auf Konzerngewinne in erster Linie nicht zu mehr Investitionen, sondern zu mehr Finanzspekulation und Gewinnausschüttungen an AktionärInnen.